

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
am 14.11.2012
um 17:00 Uhr bis 18:05 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Kurt-Peter Friese

Ratsmitglieder

Herr Volker Apmann

Herr Günter Bender

Herr Wieland Gühne

Vertretung für Herrn Störmer

Herr Karl Heinz Humpert

Herr Kai Kaltwasser

Herr Michael Kleinbongartz

Herr Klaus Mandt

Herr David Schichel

Herr Peter-Edmund Uibel

Sachkundige Bürger

Herr Klaus Grunwald

Herr Lars Jochimsen

Herr Klaus Kootz

Vertretung für Herrn Loosen

Frau Ursel Pachner

Vertretung für Herrn Mähler

Herr Thorsten Schwandt

Frau Jutta Wilke

Sachkundiger Einwohner

Herr Klaus Sappelt

Beigeordneter

Herr Dr. Christian Henkelmann

von der Verwaltung

Herr Jürgen Beckmann

Herr Wolfgang Putz

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

- | | | |
|------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 05.09.2012 |
| 3 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 3.1 | 14/2568 | Steigende Asylbewerberzahlen auch für Remscheid - Konsequenzen |
| 3.2 | 14/2355 | Löscheinsatz der Feuerwehr Remscheid in der Hofschaff Grüne
Anfrage von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2012 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 14.11.2012 |
| 4 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 4.1 | 14/2476 | Löscheinsatz der Feuerwehr Remscheid in der Hofschaff Grüne
Beantwortung der Anfrage von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2012 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 14.11.2012 |
| 4.2 | 14/2419 | Sachstandsbericht zur Öffnung von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen |
| 4.3 | | Lärmbelästigung durch die BAB 1 im Bereich Tenter Weg
mündlicher Bericht der Verwaltung |
| 4.4 | | Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen Neuenkamper Straße
mündlicher Bericht der Verwaltung |
| 5 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 6 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung |
| 8.1 | | Sponsoring für das Solarkataster
Anfrage von Herrn Bender |
| 9 | 14/2309 | BP 331 1. Änderung Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 3 (2) BauGB) Baugesetzbuch

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange (§ 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB) Baugesetzbuch |

3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)

- | | | |
|-----------|---------|---|
| 10 | 14/2396 | Sachstand zur Erstellung des "Integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Remscheid" sowie der Klimaschutzteilkonzepte "Anpassung an den Klimawandel" und "Erneuerbare Energien-Potenziale" |
| 11 | 14/2512 | Änderung der Abfallsatzung der Stadt Remscheid |
| 12 | 14/2495 | Kommunaler Ordnungsdienst (KOD) |
| 13 | 14/2480 | Haushaltsplanberatungen 2013 und 2014 - Fachausschussberatung Ergebnishaushalt/Investitionsprogramm im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung |

1 . Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Auf Antrag von Herrn Apmann wird TOP 13 – Ds.-Nr.: 14/2480, Haushaltsplanberatungen 2013 und 2014 – unmittelbar in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Die nachgereichte Anfrage der WiR-Fraktion – Ds.-Nr.: 14/2568, Steigende Asylbewerberzahlen auch für Remscheid – wird als neuer TOP 3.1 in die Tagesordnung aufgenommen, gilt als eingebracht und wird in die Sitzung des Integrationsausschusses am 20.11.2012 weiter verwiesen. Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung bittet jedoch um nachträgliche Kenntnisnahme der zum Thema avisierten Mitteilungsvorlage der Verwaltung.

Im Übrigen wird die Tagesordnung in der vorgelegten Form einschließlich der vorstehenden Änderungen / Ergänzungen einstimmig genehmigt.

2 . Niederschrift über die Sitzung vom 05.09.2012

Die Niederschrift über die Sitzung vom 05.09.2012 wird in der vorgelegten Form einstimmig genehmigt.

3 . Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

3.1 . Steigende Asylbewerberzahlen auch für Remscheid - Konsequenzen Vorlage: 14/2568

Siehe hierzu TOP 1

Herr Mandt bittet, die Anfrage der WiR-Fraktion wie folgt zu ergänzen:

Entspricht es den Tatsachen, dass Asylbewerber, sofern die Kapazitäten in den Heimen ausgeschöpft sind, in normalen Mietwohnungen untergebracht werden?
Wenn ja, wer übernimmt nach Auszug die Renovierungsarbeiten und deren Finanzierung?

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung bittet die Ergänzung bei der Beantwortung der Anfrage der WiR-Fraktion mit zu behandeln und die angekündigte Mitteilungsvorlage auch diesem Gremium noch zur Kenntnis zu bringen.

Weiter verwiesen

**3.2 . Löscheinsatz der Feuerwehr Remscheid in der Hofschaff Grüne
Anfrage von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2012 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 14.11.2012
Vorlage: 14/2355**

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Anfrage von SPD, FDP Und Bündnis 90 / Die Grünen vom 13.09.2012 zur Kenntnis.

4 . Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

**4.1 . Löscheinsatz der Feuerwehr Remscheid in der Hofschaff Grüne
Beantwortung der Anfrage von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2012 zur Sitzung des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung am 14.11.2012
Vorlage: 14/2476**

Herr Kleinbongartz bezieht sich auf die Ausführungen der Verwaltung, wonach der Teich im Hinsberg-Park nicht genutzt wurde, da hier Wasser nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stand. Er erläutert, dass die Zeitschrift „Schadensverhütung und Schadensforschung der öffentlich rechtlichen Versicherer“ eine Übersicht veröffentlicht hat, wonach 3200l Löschwasser / Minute zum Löschen von Geschäfts- oder Gewerbegebäuden mit mehr als 3 Geschossen, Warenhäusern oder Museen benötigt wird und erkundigt sich nach der Vergleichbarkeit mit dem fraglichen Objekt.

Herr Wagner führt aus, dass beim fraglichen Löscheinsatz 13 Rohre zum Einsatz kamen, wovon 2 Wenderohre bereits eine Wassermenge von jeweils 800 – 1000l/Min. verbrauchen. Der Brand war vom Ausmaß her mit einem Industriebrand vergleichbar, bei dem der Löscherfolg erst beim Einsatz der v. g. Wassermenge eintrat. Die in der Tabelle veröffentlichten Werte sind im Übrigen keine Maximalwerte, sondern Mindestanforderungen, die bereitgestellt werden müssen.

Der Teich wurde ins Kalkül gezogen, jedoch ausgeschlossen, da er als Löschteich ungeeignet und mit Einsatzfahrzeugen nicht bzw. zu Fuß nur schwer erreichbar ist. Die vorhandene öffentliche Wasserversorgung war aus Sicht des Einsatzleiters die sicherste.

Auf Anfrage von Herrn Kleinbongartz wird darüber hinaus festgestellt, dass die Fahrt zum Einsatzort ca. 10 Minuten gedauert hat, dann zunächst die mitgeführten 8000l Wasser zum Einsatz kamen, um in der Zwischenzeit die weiteren Löschmittel bereit zu stellen. Da der Veranstaltungsraum bereits brannte und Abschottvorrichtungen zum Wohnhaus hin nicht vorhanden waren, konnte ein Löscherfolg erst nach ca. 45 – 60 Minuten festgestellt werden.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2 . Sachstandsbericht zur Öffnung von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen Vorlage: 14/2419

Herr Schichel erläutert, dass das Ladenschlussgesetz z. Z. überarbeitet wird und fragt an, ob die Stadtverwaltung Remscheid beabsichtigt, sich bei der Landesregierung für eine Verbesserung der Öffnungszeiten der Kioske an Sonn- und Feiertagen einzusetzen.

Die Herren Beckmann und Dr. Henkelmann stellen fest, dass sich ein originäres Mandat der Verwaltung in dieser Angelegenheit nicht ergibt. Die Verwaltung wird daher bei den Betreibern anregen, sich an die zuständigen Landesbehörden zu wenden, um Ihr Anliegen vorzubringen. Unterstützende Hilfestellung seitens der Verwaltung wird angeboten werden.

Herr Kleinbongartz begrüßt die Forderungen von Herrn Schichel und sagt zu, entsprechende Signale bei der Landesregierung zu platzieren.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3 . Lärmbelästigung durch die BAB 1 im Bereich Tenter Weg mündlicher Bericht der Verwaltung

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss

Einleitend wird festgestellt, dass der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege über die Beratung der Angelegenheit zu unterrichten ist.

Herr Putz erläutert, dass am 09.11.2012 ein Abstimmungsgespräch mit Vertretern des Landesbetriebes Straßen NRW stattgefunden hat. Der Landesbetrieb bestätigte erneut, dass die seinerzeit im Rahmen der Festlegung der Lärmschutzmaßnahmen durchgeführten Berechnungen nicht zu beanstanden und die im Rahmen des Ausbaus durchgeführten Baumaßnahmen ordnungsgemäß durchgeführt worden sind. Die Aufbringung von Flüsterasphalt wurde mit dem Hinweis auf Probleme bei der Entwässerung abgelehnt.

Da mit der während der Bauarbeiten angeordneten Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 80 nach Aussagen der Anwohner eine deutliche Verringerung der Lärmbelästigung festgestellt werden konnte, sollte nach Auffassung der Stadt Remscheid bei der Bezirksregierung Folgendes beantragt werden:

- Ein LKW-Überholverbot im fraglichen Autobahnabschnitt und
- Eine Geschwindigkeitsüberwachung für die rechte Fahrspur.

Herr Putz stellt abschließend fest, dass eine völlige Reduzierung der Lärmbelästigung nicht, bei einer Einhaltung der Grenzwerte – tagsüber 59 und nachts 49 DBA – jedoch eine akzeptable Belastung erreicht werden kann.

Auf die erneute Berichterstattung durch den Landesbetrieb sollte verzichtet werden, da er keine neuen Erkenntnisse bringen wird und der Landesbetrieb über den v. g. Antrag unzuständigweise nicht entscheiden kann.

Herr Bender erklärt, dass man das Angebot des Landesbetriebes auf erneute Information nach Fertigstellung der geplanten Lärmschutzwände seitens der Stadt Remscheid anneh-

men sollte. Da die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 80 eine deutliche Verringerung des Lärmpegels gebracht hat, sollte dies mit in die weiteren Überlegungen einfließen.

Herr Dr. Henkelmann stellt fest, dass das Angebot des Landesbetriebes wahrnehmenswert erscheint, um die nach wie vor ungeklärten Fragen zu erörtern. Ggf. sollte nach Aufbau der Lärmwände eine neue Messung durchgeführt und über geeignete Maßnahmen zur Verringerung des Lärms diskutiert werden. Hier ist die Anhörung der Experten für weitere Grundsatzentscheidungen ausschlaggebend.

In einem 2. Schritt sollte die von Herrn Putz angeregte Antragstellung bei der Landesregierung erwogen werden.

Auf Anfrage von Herrn Apmann ergänzt Herr Beckmann, dass eine fest installierte Geschwindigkeitsüberwachung an Gefahrenstellen –auch aus Gründen zu hoher Emissionswerte – rechtlich möglich ist.

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung beauftragt die Verwaltung, Vertreter des Landesbetriebes Straßen NRW zu einer gemeinsamen Sitzung / Veranstaltung des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege und des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung einzuladen, um die ungeklärten Fragen mit Experten thematisieren zu können.

4.4 . Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen Neuenkamper Straße mündlicher Bericht der Verwaltung

Herr Beckmann teilt mit, dass in der Zeit vom 17.11.2011 – 22.10.2012 insgesamt 10.830.000 Fahrzeuge gemessen wurden, davon waren 33.711, d. h. 0,31% zu schnell. In den ersten beiden Wochen der Messung waren noch 0,77 % der KFZ zu schnell, in den letzten Wochen waren es nahezu konstant 0,31%. Der Gesamtwert der Verstöße ohne Abzug der Ausnahmeregelungen beläuft sich auf 560.000 Euro. Davon kassenwirksam werden ca. 500.000 Euro.

Die Höchstgeschwindigkeiten wurden neuerlich wie folgt gemessen:

Tagsüber	Richtung Bahnhof mit 84 kmh
	Richtung Lennep mit 77 kmh
Nachts	Richtung Bahnhof mit 94 kmh
	Richtung Lennep mit 99 kmh.

Auf Anfrage von Herrn Kaltwasser bezüglich einer Unfallvermehrung durch Vollbremsungen im Gerätebereich verweist Herr Beckmann auf die Auswertungen der Polizei, die in der 1. Sitzung des Ausschusses in 2013 vorgestellt werden.

Herr Humpert erkundigt sich nach der Effektivität von Doppelblitzern. Herr Beckmann führt aus, dass über den Standort Metzger Str. keine Erkenntnisse vorliegen, da der installierte Blitzer meist zugeparkt ist.

Im Bereich der Losenbücheler Straße wird nur der bergwärts fahrende Verkehr mobil, der talwärts fahrende stationär gemessen. Hier wird die stationäre Einrichtung für den bergwärts

fahrenden Verkehr in den nächsten Tagen in Betrieb genommen. Eine Doppelmessung findet nicht statt.

5 . Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6 . Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7 . Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung wurden nicht eingereicht.

8 . Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**8.1 . Sponsoring für das Solarkataster
Anfrage von Herrn Bender**

Herr Bender fragt an, ob der Verwaltung bekannt ist, dass ein Remscheider Bankhaus sich als Sponsor für das Solarkataster angeboten hat.

Herr Putz erklärt, dass eine Kontaktaufnahme bisher nicht erfolgt ist, die Stadtverwaltung Remscheid dem jedoch offen gegenüber steht und eine Zusammenarbeit für durchaus wünschenswert hält.

9 . BP 331 1. Änderung Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 3 (2) BauGB) Baugesetzbuch

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange (§ 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB) Baugesetzbuch

**3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)
Vorlage: 14/2309**

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Die in der Begründung zur Beschlussvorlage enthaltenen Ausführungen sowie die der Drucksache 14/2309 beigefügten Anlagen – dies sind die Entscheidungsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 331 1. Änderung, der Bebauungsplan Nr. 331 1. Änderung, der Bebauungsplan Nr. 331, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der Offenlage eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, die Stellungnahme der Versatel GmbH mit Leitungsauskunft und Karte sowie die Nachfrage die Nachfrage an die Versatel GmbH – werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 3 (2) BauGB) Baugesetzbuch

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 331 1. Änderung – Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 30.03.2012 bis einschließlich 04.05.2012 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich aus-
gelegt. Die Bürger hatten in dieser Zeit die Gelegenheit sich über die Ziele der Pla-
nung zu informieren und dazu Stellung zu nehmen. Dem entsprechenden Ergebnisbe-
richt (Anlage zur Beschlussvorlage) wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange (§ 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB) Baugesetzbuch

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 30.03.2012. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird entspre-
chend dem als Anlage zur Beschlussvorlage beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

3. Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB) Baugesetzbuch i.V.m. § 7 Gemeindeordnung NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 331 1. Änderung - Gebiet: zwischen Ibacher Straße / Am Rather Ring und Ibacher Mühle - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 GO NRW als
Satzung beschlossen (Anlage zur Beschlussvorlage). Dem Bebauungsplan ist gem. §
9 (8) BauGB eine Begründung beigefügt (Anlage zur Beschlussvorlage). Den redaktio-
nellen Ergänzungen der Begründung wird - entsprechend ihrer Darstellung in der Be-
gründung zur Beschlussvorlage zugestimmt. Von der zusammenfassenden Erklärung

wird gem. § 13 (3) Satz 1 BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des BP 331 1. Änderung werden die im Bebauungsplan 331 getroffenen planungsrechtlichen Festsetzungen für die durch den Bebauungsplan 331 1. Änderung überdeckenden Bereiche, verdrängt.

**10 . Sachstand zur Erstellung des "Integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Remscheid" sowie der Klimaschutzteilkonzepte "Anpassung an den Klimawandel" und "Erneuerbare Energien-Potenziale"
Vorlage: 14/2396**

Auf Anfrage von Herrn Schichel stellt Herr Putz den Zeitplan für die Realisierung der 3 Teilkonzepte wie folgt vor:

Teilkonzept „Klima“	Ende 03.2013
Teilkonzept „erneuerbare Energien“	31.01.2013
Teilkonzept „integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Remscheid“	31.08.2013.

Eine Vorstellung der Konzepte im politischen Raum ist vorgesehen.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt Kenntnis.

**11 . Änderung der Abfallsatzung der Stadt Remscheid
Vorlage: 14/2512**

Herr Putz bittet bei der Anlage 1 – Änderung der Abfallsatzung der Stadt Remscheid – die Änderung der Präambel wie folgt zu beschließen:

„Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom **23.Oktober 2012 (GV NRW S. 474)**...“

Auf Anfrage erläutert Herr Zirngiebl, dass durch die neuen Sammlungen von Textilien und Bekleidung in Depotcontainern zusätzliche Einnahmen erwartet werden. Die Satzungsänderungen wurden zur Bekämpfung der unrechtmäßig aufgestellten Sammelcontainer notwendig. Hiervon sind die karitativen Sammlungen nicht betroffen.

Auf Anfrage von Herrn Gühne stellt Herr Zirngiebl fest, dass die Maßnahme wirtschaftlich ist.

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss

1. Die Satzung zur Änderung der Abfallsatzung der Stadt Remscheid vom 18.12.2000 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage (Anlage 5 der Niederschrift) wird beschlossen. Dabei wird die vorgetragene redaktionelle Änderung der Präambel wie folgt mit beschlossen:

„Aufgrund der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom **23.Oktober 2012 (GV NRW S. 474)**...“

2. Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Remscheid über die Benutzung des Wertstoffhofes Solinger Straße und die Erhebung von Entgelten vom 21.03.2003 gemäß Anlage 2 der Beschlussvorlage (Anlage 2 der Niederschrift) wird beschlossen.

12 . Kommunalen Ordnungsdienst (KOD)
Vorlage: 14/2495

Auf Anfrage teilt Herr Beckmann mit, dass zusätzliches Personal zur Einrichtung des KOD nicht bewilligt worden ist. Daher wurde die jetzige Lösung umgesetzt. Eine Stelle wurde nach Stellenwechsel des bisherigen Mitarbeiters im Bereich Verkehrsüberwachung aus persönlichen Gründen der neuen Mitarbeiterin nicht in Vollzeit besetzt. Die restlichen Stunden wurden im KOD eingesetzt.

Die darüber hinaus angegebene Kompensation über den Einsatz von Überstunden ergibt sich aus dem Wegfall der regelmäßigen Jugendschutzkontrollen im allg. Ordnungsdienst, die nun durch den KOD übernommen worden sind.

Der KOD wird im Rahmen seiner Tätigkeit in gravierenden Fällen auch Bußgelder verhängen, so dass wirtschaftliche Einschnitte bei den Ordnungsgeldern nicht zu erwarten sind.

Der Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

13 . Haushaltsplanberatungen 2013 und 2014 - Fachausschussberatung
Ergebnishaushalt/Investitionsprogramm im Zuständigkeitsbereich des
Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
Vorlage: 14/2480

Die Vorlage wird unmittelbar in den HA verwiesen.
Siehe hierzu TOP 1

Kurt-Peter Friese
Vorsitzender

Schriefführer/in